



# FÜR EINE NEUE DROGENPOLITIK

*UNS GEHT'S UMS GANZE*

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION



[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

Nirgendwo auf der Welt gelingt es, Drogen per Verbot abzuschaffen oder Menschen durch Verbote vor deren Risiken zu schützen.



Demonstrationsaufruf von „Cannabis ohne Grenzen“ in Paris, 2012. Quelle: picture alliance

# DIE PROHIBITION IST GESCHEITERT

Die weltweiten Bemühungen, den Drogenmarkt mit repressiven Mitteln einzudämmen, sind nicht erfolgreich. Keines der 1998 von der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Weltrogenproblem (UNGASS) definierten Ziele wurde bislang erreicht. Weder die Reduzierung des Angebots noch die Verringerung der Nachfrage nach Drogen waren erfolgreich.

Die Drogenprohibition ist Teil des Problems und nicht dessen Lösung. Für ihren Nutzen gibt es keine, für ihre Nachteile viele Belege. Schon 2011 forderte daher die Global Commission on Drug Policy ein Ende des realitätsblinden Weiter-so. Ihr gehörten unter anderem der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan und NATO-Generalsekretär Javier Solana sowie weitere ehemalige Präsidenten, Regierungschefs und Außenminister Brasiliens, Kolumbiens, Mexikos, der Schweiz sowie der USA an.

International fordert der Drogenkrieg zahlreiche Menschenleben. Staaten und ganze Regionen werden destabilisiert und durch die Drogenmafia unterwandert. Seit 2006 wurden allein in Mexiko fast 50.000 Menschen getötet.

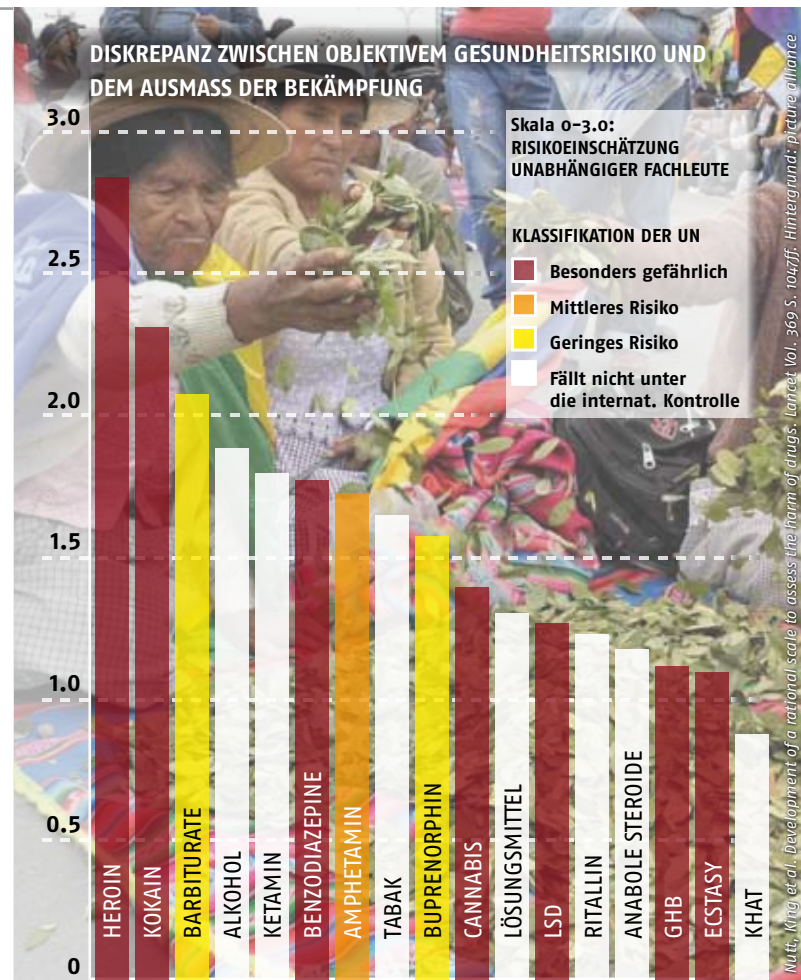
Es kommt zu massiven Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Institutionen und Drogenkartelle. Menschen „verschwinden“, werden willkürlich festgenommen und ohne Gerichtsverfahren hingerichtet. Viele Drogenabhängige in China oder Saudi-Arabien müssen mit der Todesstrafe rechnen. Die höchsten Gewinne werden bei uns in den Konsumentenstaaten erzielt. Unter den gewalttätigen Folgen der Prohibition leiden vor allem Lateinamerika und andere Regionen.

Viele gesundheitliche Schäden wie HIV, Hepatitis C oder andere Krankheiten werden auch in Deutschland nicht von den Drogen selbst, sondern von einer repressiven Drogenpolitik verursacht. Abhängige sowie Konsumentinnen und Konsumenten werden krank oder sterben, weil sie kein sauberes Spritzbesteck erhalten oder weil Bestandteile und Wirkstoffkonzentration der auf dem Schwarzmarkt gehandelten Substanzen unklar sind. Die vielfach repressive Drogenpolitik in Deutschland behindert effektive Hilfsangebote. Nicht zu unterschätzen sind auch soziale Konsequenzen wie Erwerbs- und Obdachlosigkeit, Stigmatisierung und Kriminalisierung – gerade auch junger Menschen.

# REGULIERUNG STATT REPRESSION

Drogen sind nicht harmlos. Tabak, Alkohol, Cannabis und viele andere Drogen können in unterschiedlicher Weise abhängig machen und gesundheitliche Schäden verursachen. Aber nicht jeder einmalige oder gelegentliche Gebrauch stellt eine Gefahr dar. Kein plumpes Verbot von Drogen, sondern die Verringerung gesundheitlich riskanter Konsumformen muss deshalb das Ziel sein. Denn anders als ein legaler Markt entzieht sich ein Schwarzmarkt – und ein solcher entsteht automatisch im Zuge von Prohibition – jeglicher Kontrolle. Dort gibt es keine Öffnungszeiten. Dort fragt niemand nach dem Alter der Konsumentinnen und Konsumenten. Die Inhaltsstoffe der Substanzen werden nicht überwacht und Preise können nicht beeinflusst werden. Das wollen wir ändern.

Die Kriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten muss beendet werden. Die derzeitige Einordnung von Drogen in legal und illegal ist willkürlich. Wir wollen eine Gleichbehandlung aller Drogen. Maßgeblich für die Art der Regulierung soll deren jeweiliges gesundheitliches Risiko sein. Und hier versagt die bisherige repressive Drogenpolitik.



# DEN TATSACHEN INS AUGE BLICKEN

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition verweigert eine sachliche und ehrliche Auseinandersetzung mit der jetzigen Drogenpolitik. Für die Erarbeitung ihrer Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik wurde auf eine Evaluation der repressiven Instrumente verzichtet. Anstelle wissenschaftlicher Fakten bestimmen Mythen, Ideologien und nicht belegte Behauptungen ihr Handeln. Diese realitätsblinde und in der Konsequenz schädliche Politik muss ein Ende haben.

Unser Ziel ist eine gründliche und faktenbasierte Bewertung der jetzigen nationalen und internationalen Drogenpolitik und ihrer negativen Folgen. Dazu muss die Bundesregierung eine Kommission einberufen, bei der auch die Wissenschaft, die Drogenhilfe und die Gesundheitspolitik beteiligt sind. Aufgabe dieser Kommission ist es, die geltenden nationalen und internationalen Regelungen zur Drogenrepression und ihre Auswirkungen transparent zu überprüfen. Auf dieser Grundlage soll sie konkrete Reformschritte empfehlen.

# PRÄVENTION & JUGEND- SCHUTZ VERBESSERN

Ziel unserer Drogenpolitik ist es, Abhängigkeit und gesundheitlich riskante Konsumformen zu verringern. Erst die Regulierung von Drogen schafft die Voraussetzung für einen wirksamen Jugendschutz und eine glaubwürdige Prävention. Dabei wollen wir ohne die Konsumentinnen und Konsumenten zu bevormunden sowohl auf der individuellen Verhaltensebene als auch bei den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ansetzen. Sachliche Aufklärung und Information sollen den einzelnen Menschen drogenmündig machen und zu einem selbstbestimmten und gesundheitsbewussten Verhalten befähigen. Heranwachsende brauchen besonderen Schutz.

Prävention kann zusätzlich auch die Rahmenbedingungen ändern. Dazu gehören beispielsweise Werbebeschränkungen für alle Drogen, die Abgabe von Drogen nur in lizenzierten Einrichtungen oder gar in schweren Fällen erst nach ärztlicher Verschreibung. Die Akzeptanz und Beachtung von Altersbeschränkungen sind allerdings ein Muss. Der Jugendschutz muss sichergestellt werden, denn klar ist: Gesundheitsgefährdende Stoffe gehören nicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen.





**Konsumräume helfen dabei,  
die gesundheitlichen Risiken des  
Drogenkonsums zu verringern.**

*Druckraum der Frankfurter Drogenhilfe. Quelle: picture alliance*

# HILFSANGEBOTE AUSBAUEN

Trotz des zweifelhaften Nutzens der Repression fließen zwei Drittel aller drogenbezogenen Ausgaben der öffentlichen Hand in Deutschland in die Verfolgung von Drogendelikten. Das sind Jahr für Jahr etwa vier Milliarden Euro. Für Therapieangebote und Maßnahmen der Schadensminderung fehlt hingegen Geld. Grüne Drogenpolitik setzt auf den Ausbau dieser Instrumente. Nötig sind Hilfen und Unterstützung statt Strafverfolgung. Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung etwa von Heroinabhängigen. Nicht nur in ländlichen Regionen, sondern auch in Haftanstalten fehlen vielerorts entsprechende Angebote. Das liegt aber nicht nur an unzureichenden finanziellen Mitteln. Auch repressive betäubungsmittelrechtliche Regelungen verhindern bedarfsgerechte Angebote. Wir wollen die Schadensminderung ausbauen. Das sind zum Beispiel Konsumräume, Spritzenaustauschprogramme und Drugchecking, also die chemische Analyse von auf dem Schwarzmarkt gehandelten psychotropen Substanzen. Damit können die gesundheitlichen Risiken des Drogengebrauchs vermindert werden.

# FÜR EINE WENDE IN DER DROGENPOLITIK

Der Gebrauch psychoaktiver Substanzen war und ist trotz möglicher gesundheitlicher Risiken Bestandteil menschlicher Kultur. Eine drogenfreie Welt ist nicht realistisch, die Prohibition weitgehend wirkungslos. Dieser Tatsache muss endlich Rechnung getragen werden. Die schlimmen individuellen und sozialen Folgen der jetzigen Drogenprohibition sind offenkundig – in Deutschland und in vielen anderen Staaten der Welt. Eine Reform ist daher überfällig – auf nationaler wie internationaler Ebene. Unser Ziel ist eine Drogenpolitik, die die Menschen- und Bürgerrechte in Deutschland und anderen Staaten achtet. Wir wollen Regulierung statt Repression. Konsumentinnen und Konsumenten müssen entkriminalisiert werden. Wir wollen die Prävention, den Jugend- und Verbraucherschutz stärken, damit die gesundheitlichen Auswirkungen riskanter Formen des Drogengebrauchs verringert werden können. Therapie- und Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen.



Hanfparade in Berlin im November 2012. Quelle: picture alliance

## ERSTE SCHRITTE:

- » Anbau, Besitz und Erwerb von Cannabis zum Eigenverbrauch entkriminalisieren
- » ein wissenschaftlich begleitetes regionales Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis in lizenzierten Einrichtungen schaffen
- » die rechtlichen Hürden für Drugchecking und bedarfsgerechte Therapiemaßnahmen beseitigen
- » eine Regierungskommission zur wissenschaftlichen Evaluation der nationalen und internationalen Drogenpolitik einberufen



**NOCH FRAGEN?**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Harald Terpe MdB, Sprecher für Drogen- und Suchtpolitik

Arbeitskreis 1: Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen

Tom Koenigs MdB, Vorsitzender Ausschuss für Menschenrechte

Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552

info@gruene-bundestag.de

**ZUM WEITERLESEN:**

gruene-bundestag.de » Themen » Drogen und Sucht

sowie » Themen » Menschenrechte

**BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:**

17/9948 Eigengebrauch von Cannabis entkriminalisieren

17/2050 Drugchecking ermöglichen

17/6120 Kein Verbot von Koka-Blättern

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

**IMPRESSUM:**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Jakina U. Wesselmann

Stand: März 2013, Schutzgebühr: 0,05 €

